



Presseinformation

Nr. 146/2006

Kiel, Mittwoch, 3. Mai 2006

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Schulpolitik / Differenzierung innerhalb der Sekundarstufe I

Ekkehard Klug: „Für Gesamtschulen ist Differenzierung innerhalb der Schulart ein Qualitätsmerkmal“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 8** - „Äußere Differenzierung innerhalb der Sekundarstufe I - erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Nach dem Konzept der Integrierten Gesamtschule werden die Schülerinnen und Schüler von der 7. Klassenstufe an entsprechend ihrer Neigung und Leistungsfähigkeit in verschiedene Kurse aufgeteilt, wobei aber ein Wechsel zwischen den Niveau-Stufen möglich bleibt.

In einem Beitrag der „Lübecker Nachrichten“ vom 11. Januar 2006 wird hierzu der Schulleiter der IGS Neumünster-Brachenfeld mit folgenden Worten zitiert:

„Diese Differenzierung innerhalb des Systems ist der richtige Weg“. Auch der Leiter der IGS Eckernförde bekräftigt dieses „eigenständige Profil“ der Gesamtschulen ebenso wie auch der Landeselternbeirat, heißt es dazu weiter in dem Artikel der LN.

Mit anderen Worten: Was die Grünen mit ihrem Antrag am liebsten abschaffen wollen, sehen gerade auch profilierte Vertreter des Gesamtschulkonzepts als ein wichtiges, profilgebendes Strukturmerkmal ihrer Schulart an.

Im Übrigen ist die Initiative der Grünen auch deshalb fragwürdig, weil eine Abkehr vom Differenzierungsgebot eine Verletzung des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes wäre. Nach den Vorstellungen der Grünen soll sich die Landesregierung im Rahmen der KMK für die Abschaffung einer Strukturvorgabe einsetzen, zu deren Einhaltung die Regierung nach dem hierzulande geltenden Schulgesetz verpflichtet ist. Statt die Landesregierung also zu gesetzwidrigem Handeln aufzufordern, hätte die Fraktion der Grünen, wenn es ihr mit dem Thema wirklich ernst ist, eine entsprechende Schulgesetzänderung beantragen müssen.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Dabei füge ich aber hinzu: Auch in der Sache halte ich die Vorstellungen der Grünen für falsch. Wie soll zum Beispiel Unterricht im 10. Jahrgang - also vor der Feststellung, ob jemand die Eignung für die Oberstufe hat - undifferenziert für alle Leistungsstufen durchgeführt werden und dabei noch dem Prinzip einer optimalen Förderung aller Schüler gerecht werden? Die Anforderungen in der Schule steigen von Jahrgang zu Jahrgang, die Themen werden komplizierter und anspruchsvoller. Die Beibehaltung undifferenzierter Lerngruppen erschwert daher die Arbeitsbedingungen in wachsendem Maße. Leistungsbezogene Differenzierung wird daher immer wichtiger. Schließlich wird man ja auch nicht auf die Idee kommen, in die Olympiamannschaft alle Teilnehmer des letzten Volkslaufs aufzunehmen. Nur nach ‚grüner‘ Weltsicht wäre es billig und gerecht, so zu handeln - aber das ist eben einfach weltfremd.

In diesem Zusammenhang wird, ohne dass die Grünen dies beabsichtigt haben, allerdings auch noch etwas anderes sehr deutlich: die Schwäche des von der Bildungsministerin vorgestellten Modells der „Gemeinschaftsschule“. Dort soll bekanntlich die Differenzierung vom 7. Jahrgang an nur in einer „Kann-Vorschrift“ im Schulgesetz verankert werden. Die Gemeinschaftsschule stellt sich damit als eine Schmalspurvariante und Degenerationsform des Gesamtschulmodells heraus. Ich kann daher sehr gut verstehen, dass Vertreter der Gesamtschulen, die um die Qualität ihrer Schulen besorgt sind, sich mit Händen und Füßen gegen die Umwandlung der Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen wehren. Was der schwarz-rote Koalitionsvertrag hier als „Weiterentwicklung“ preist, ist in Wahrheit nichts anderes als eine Abwicklung eines Gesamtschulmodells, das nachvollziehbaren Qualitätsansprüchen genügt.

Indem die Bildungsministerin bei ihren famosen ‚Gemeinschaftsschulen‘ von den Strukturvorgaben der Gesamtschulen abrückt, eröffnet sie den Weg zu einer beispiellosen Absenkung des Bildungsniveaus.

Falls die CDU dies aus Koalitionsrason am Ende hinnimmt, lässt sich dazu angesichts der früheren Stellungnahmen der CDU zur Bildungspolitik nur feststellen: Da verkauft jemand um des Machterhalts willen seine bildungspolitische Seele.“